



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 70. Ratssitzung vom 29. November 2023

2556. 2023/364

Weisung vom 12.07.2023:

Schulamt, Organisation und Informatik, Projekt «KITS Next Generation Sek», Anpassung und Erweiterung der Schulinformatik-Infrastruktur, neue einmalige Informatikausgaben, Abschreibung einer Motion

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Für das Projekt «KITS Next Generation Sek», Anpassung und Erweiterung der Schulinformatik-Infrastruktur, werden neue einmalige Informatikausgaben von 13,276 Millionen Franken bewilligt.
2. Die Motion, GR Nr. 2020/481, von Stefan Urech und Thomas Schwendener (beide SVP) betreffend Ausrüstung der Schülerinnen und Schüler auf der Sekundarschule mit mobilen Endgeräten unter Verzicht auf die «Bring your own device (BYOD)-Policy» für die Sekundarschule wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferat Schlussabstimmungen:

Stefan Urech (SVP): *Die Sekundarschule in Zürich macht heute Abend einen grossen Schritt in Richtung Zukunft. Den Schülerinnen und Schülern sollen persönliche Geräte ausgehändigt werden, die in ihren Unterricht und Alltag eingebunden sind. Das geschieht in drei Etappen und wird insgesamt 13,3 Millionen Franken kosten. Seit dem Jahr 2017 bekommen Primarschülerinnen und -schüler in der Stadt zu Beginn der fünften Klasse ein Tablet, das auch als Laptop fungieren kann, und lernen, damit umzugehen. Sie dürfen es auch nach Hause mitnehmen. In der Sekundarschule ist es anders: Dort wird auf Klassensets von Geräten gesetzt, die man für sein Schulzimmer mieten kann, und auf die Bring-Your-Own-Device-Strategie (BYOD), wo die Kinder ihr eigenes Gerät mitbringen. Studien zeigen, dass BYOD nicht perfekt funktioniert. Die Kinder bringen verschiedene Arten von Geräten mit. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen infolgedessen mit mehreren Betriebssystemen umgehen können und während des Unterrichts als IT-Support dienen. Auch die Qualität der Geräte der Kinder unterscheidet sich. Manche haben das neuste iPad, andere einen alten Laptop mit Windows 95, auf dem die gängigen Programme nicht mehr funktionieren. Das widerspricht dem Grundgedanken der Chancengleichheit. Neu müssen die Kinder nach der sechsten Primarklasse ihre*



Geräte nicht abgeben, sondern nehmen sie mit in die Sekundarschule. Insgesamt nutzen sie die Geräte über einen Zeitraum von fünf Jahren, was etwa deren Lebenszeit entspricht. Es ist ein erfreulicher Schritt, aber nur ein kleiner. Nun folgt die schwierigere Aufgabe: Die Schulung von Kindern und Lehrpersonal im pädagogisch wertvollen Umgang mit den Geräten. Das ist in der Weisung zwar vorgesehen, wird aber mit einem Beitrag von 150 000 Franken pro Jahr nur minimal unterstützt. Eine Begleitstudie schlägt mindestens 240 000 Franken vor. Die Kommissionsmehrheit beantragt Zustimmung zur Weisung sowie Abschreibung der Motion. Mit dem richtigen Einsatz von Tablets wird der Unterricht attraktiver und der Zeitaufwand für Unnützes weniger.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag:

Sabine Koch (FDP): *Die Weisung klingt gut, doch sie hat einen Haken. Die Geräte müssen speziell hergestellt werden, damit die benötigte Software installiert werden kann. Was nach fünf Jahren passiert, wenn manche Geräte noch funktionieren, andere nicht, ist fragwürdig. Dass die Schülerinnen und Schüler die Geräte nach Hause nehmen, ist schlicht nicht durchführbar.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Ich bin froh, dass wir die Geräte in die Sekundarschule weitergeben können: Das ist eine sehr gute Idee. Die Geräte gratis abzugeben, funktioniert nicht. Es gibt viele Wechsel und Verschiebungen, wenn Kinder ins Gymnasium wechseln, wieder zurückkommen, und ähnliches, so dass es sehr kompliziert wird. Auf den Geräten ist eine Lizenz. Schlussendlich müssten neue Geräte dazugekauft werden, damit alle gleich behandelt werden können. Das ist nicht sinnvoll. Zudem zeigt die Erfahrung, dass die Geräte nicht sehr gut behandelt werden. Nach fünf Jahren funktionieren die meisten nicht mehr richtig. Sie dann abzugeben generiert einen grossen Mehraufwand und kostet uns hunderte Franken pro Gerät, was faktisch dem Neupreis entspricht.*

Kommisionsminderheit Änderungsantrag:

Stefan Urech (SVP): *Der Änderungsantrag fordert, dass die Geräte nach fünf Jahren nicht zurückgegeben werden müssen. Wenn das Gerät eines Kindes noch funktioniert, soll es in die weiterführende Schule mitgenommen werden können. Die Lizenzen zurückzusetzen, um das Gerät für den privaten Gebrauch herzurichten, ist wirklich kein so grosser Aufwand, wie die Stadt behauptet. Ich selber tue das jeden Tag, es ist sehr einfach. Zentralisiert man diesen Aufwand, ist es natürlich aufwendig. Die IT-Spezialisten an den Schulen können die Geräte den Kindern aushändigen, dann braucht es keine zentrale Verwaltung. Der Antrag ist sinnvoll und fördert die Nachhaltigkeit.*



Weitere Wortmeldungen:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Die Stadt stellt den Kindern in der fünften und sechsten Primarklasse seit einigen Jahren Tablets zur Verfügung. Die können sie zum Lernen in verschiedenen Fächern nutzen. Das ist sinnvoll. Die Kosten für die Tablets übernimmt die Stadt. Wir Grünen stehen voll und ganz hinter dieser Regelung, weil wir uns für Chancengerechtigkeit an der Volksschule einsetzen. In der Stadtzürcher Sekundarschulen hat sich der Stadtrat bisher für das Prinzip BYOD ausgesprochen. Wir waren stets dagegen, weil so die Unentgeltlichkeit der Volksschule nicht mehr gewährleistet ist und zusätzliche Ungerechtigkeit entsteht. Jugendliche mit leistungsstarken Notebooks oder Tablets haben gegenüber Jugendlichen, die nur ein normales Handy zur Verfügung haben, klare Vorteile im Unterricht. Nicht alle Eltern können sich ein teures Gerät für ihr Kind leisten. Wir sind froh, dass der Stadtrat einlenkt und zukünftig auch auf Sekundarstufe jedem Schüler und jeder Schülerin das gleiche Tablet zur Verfügung gestellt wird. Das ist ein Schritt in Richtung Bildungsgerechtigkeit. Wir Grünen stimmen der Weisung darum zu. Zu unserem Antrag: In der Stadt Zürich treten am Ende der zweiten Sekundarklasse jeweils gut 300 Schülerinnen und Schüler an das Kurzgymnasium oder die Handelsmittelschule über. Ihr persönliches Tablet ist dann gemäss dem neuen Konzept vier Jahre alt. Die Stadt will diese Geräte zwingend entsorgen. Wir fordern, dass sie nach Austritt aus der Sekundarschule weiter verwendet werden dürfen. Das ist sozial und ökologisch sinnvoll. Laut Stadtrat spricht dagegen, dass die Abgabe des persönlichen Geräts bei Austritten aus der Sekundarschule einen zu grossen Aufwand verursachen würde. Dabei geht der Stadtrat von einer zentralen Lösung aus, bei der die Geräte eingesammelt, zentral aufbereitet und wieder an die Schulen zurückgebracht werden. Wir stellen uns eine andere Lösung vor: Die austretenden Sekundarschülerinnen sollen das persönliche Gerät unkompliziert übernehmen können. Das ist möglich, wie Stefan Urech (SVP) dargelegt hat. An allen städtischen Schulen sind zwei Personen bestimmt, die technischen Support leisten. Sie könnten vor Ort ein Gerät so aufbereiten, dass es privat genutzt werden kann. Von diesem Angebot würde nach unserer Schätzung nur ein kleiner Teil der austretenden Schülerschaft Gebrauch machen, etwa fünf bis acht Geräte pro Schule pro Jahr. Dieser Aufwand in Richtung Nachhaltigkeit lohnt sich.

Sophie Blaser (AL): Mit der vorliegenden Weisung wird das gescheiterte BYOD abgeschafft. Das freut uns. Als Lehrerin empfand ich BYOD immer als Ärgernis. Der Wartungsaufwand und die Unterschiede in den mitgebrachten Geräten waren immens. Der Antrag der Grünen schliesst eine Lücke und stellt sicher, dass die Geräte nach der Schulzeit den Schülerinnen und Schülern übergeben werden und sie für die weitere schulische Laufbahn gebraucht werden können. Nach dem «End of Life» eines Tablets kann die Stadt es nicht mehr brauchen, aber Schülerinnen und Schüler in der Berufs- oder Mittelschule durchaus. Wir stimmen der Weisung und dem Antrag der Grünen zu.

Roger Föhn (EVP): Die Fraktion Die Mitte/EVP stimmt der Weisung zu. Wir sind der Meinung, dass das Projekt in seiner Neuausrichtung sehr sinnvoll ist. Den Antrag der Grünen lehnen wir ab. Der Abschreibung der Motion stimmen wir zu.



Christina Horisberger (SP): BYOD war nicht besonders förderlich, weder für die Lehrerschaft noch für die Chancengleichheit. Die neue Strategie bereinigt diesen Zustand. Das Budget für die Weiterbildung in punkto Digitalisierung bei der Primarschule wurde nicht ausgeschöpft. Deswegen ist auch der Betrag für die Weiterbildung in dieser Weisung eher tief angesetzt. Da gibt es sicher Handlungsbedarf. Den Antrag der Grünen lehnen wir ab. Wir unterstützen Chancengerechtigkeit, denken aber, dass Jugendliche, die eine Lehre beginnen oder ins Gymnasium wechseln, ein digitales Gerät benötigen, das den Anforderungen ihrer Ausbildung entspricht, kein Tablet im Endstadium.

Christine Huber (GLP): Am Ende ihrer Laufzeit werden die Geräte einem auf Entsorgung spezialisierten Partner übergeben. Dieser entsorgt sie fachgerecht und übergibt die recycelbaren Teile der Recyclingstelle. Der Weisung stimmen wir deshalb zu, dem Antrag der Grünen nicht, da er von den betrieblichen, technischen und vertraglichen Rahmenbedingungen verunmöglicht wird. Der Stadtrat hat das bereits erläutert.

Stefan Urech (SVP): Die Weisung hat einen Schönheitsfehler. Sie sieht nicht vor, dass die Lehrerinnen und Lehrer eine Software zur Überwachung der Bildschirme mitgeliefert bekommen. Die Evaluation dieses Projekts wird zum Schluss kommen, dass es eine einfache Überwachung braucht. Wir werden dazu einen Vorstoss einreichen. Mit diesen Geräten drücken wir den Kindern in der Schule ein Portal zum Internet in die Hand. Das Ablenkungs- und Abhängigkeitspotenzial ist riesig, genauso wie die Gefahr des Missbrauchs. Es können unvoreilhaftige Video- und Audioaufnahmen von Schülerinnen und Schülern, aber auch von Lehrpersonen gemacht und online gestellt werden. Mit dem Schulgerät darf das nicht passieren. Auch für digitale Prüfungen ist es wichtig, dass Schummeln verunmöglicht wird, indem die Nutzung eingeschränkt wird.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für das Projekt «KITS Next Generation Sek», Anpassung und Erweiterung der Schulinformatik-Infrastruktur, werden neue einmalige Informatikausgaben von 13,276 Millionen Franken bewilligt. Aus der Sekundarschule austretende Schülerinnen und Schüler haben die Möglichkeit, ihr persönliches Gerät zu übernehmen.

Mehrheit:	Referat: Yasmine Bourgeois (FDP), Präsidium; Maya Kägi Götz (SP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP) i. V. von Tamara Bosshardt (SP), Christina Horisberger (SP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
Minderheit:	Referat: Stefan Urech (SVP); Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Urs Riklin (Grüne)
Abwesend:	Sophie Blaser (AL), Roger Föhn (EVP), Liv Mahrer (SP)



5 / 6

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Referat: Stefan Urech (SVP); Yasmine Bourgeois (FDP), Präsidium; Maya Kägi Götz (SP), Vizepräsidium; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP) i. V. von Tamara Bosshardt (SP), Christina Horisberger (SP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Urs Riklin (Grüne)
Abwesend: Sophie Blaser (AL), Roger Föhn (EVP), Liv Mahrer (SP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 111 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 62 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Stefan Urech (SVP); Yasmine Bourgeois (FDP), Präsidium; Maya Kägi Götz (SP), Vizepräsidium; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP) i. V. von Tamara Bosshardt (SP), Christina Horisberger (SP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Urs Riklin (Grüne)
Abwesend: Sophie Blaser (AL), Roger Föhn (EVP), Liv Mahrer (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 111 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Für das Projekt «KITS Next Generation Sek», Anpassung und Erweiterung der Schulinformatik-Infrastruktur, werden neue einmalige Informatikausgaben von 13,276 Millionen Franken bewilligt.
2. Die Motion, GR Nr. 2020/481, von Stefan Urech und Thomas Schwendener (beide SVP) betreffend Ausrüstung der Schülerinnen und Schüler auf der Sekundarschule mit mobilen Endgeräten unter Verzicht auf die «Bring your own device (BYOD)-Policy» für die Sekundarschule wird als erledigt abgeschrieben.



6 / 6

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 6. Dezember 2023 gemäss
Art. 37 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat